



Move the money:

Die globale Kampagne zu Militärausgaben

von Colin Archer

Die Überzeugung, dass die Welt zu viel Geld für Krieg und Militarismus ausgibt, ist unter Friedensaktivist_innen weit verbreitet. Und, wenn sie zufälliger Weise einmal darüber nachdenken, sehen es Millionen von Menschen auf der ganzen Welt genauso. Dennoch liegt dieses Thema noch nicht im Fokus des politischen Diskurses und unser Ziel ist es, das zu verändern!

Die Thematik ist zu einer Zeit, die geprägt ist von zwischenstaatlichen Spannungen (Japan-China u.a.) und Spannungen zwischen Regierungen und gewaltbereiten Fundamentalist_innen, die sich immer weiter militarisieren (IS u.a.), von besonderer Bedeutung. Der Druck noch mehr Steuergelder für Kriegsführung auszugeben steigt. Die derzeitige Situation ist auch ein Resultat der letzten Dekaden mit ihren großen militärischen Investitionen, sowie der unstillbaren Gier von Kriegsprofiteur_innen.

Eine neue globale Kampagne

Im Dezember 2014 gab das *International Peace Bureau (IPB)* den Beginn einer permanenten, globalen, ganzjährigen Kampagne bekannt, um die weltweite Problematik der exzessiven Militärausgaben anzugehen - die „*Global Campaign on Military Spending*“ (GCOMS). 2013 gaben die Regierungen der Welt mehr als 1700 Milliarden USD für den Militärsektor aus. Dieses Geld könnte stattdessen dafür verwendet werden, Jobmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen, hungrige Menschen zu versorgen, uns alle vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen, Ebola zu bekämpfen und vieles mehr. IPB verlangt schon seit mehreren Jah-

Was ist das Ziel der Kampagne?

- Das Bewusstsein für die riesigen und exzessiven Summen von Steuergeldern, die für die militärischen Systeme auf der ganzen Welt ausgegeben werden, zu fördern.
- Eine Gemeinschaft zu bilden, die Budgetentscheidungen, besonders auf nationaler Ebene, beeinflussen kann um so die Ressourcen dorthin zu verschieben, wo sie menschlichen und ökologischen Bedürfnissen zu Gute kommen.

ren, dass jedes Jahr (mindestens) 10% des Militärbudgets aller Staaten umgewidmet und ein Prozess gestartet wird, der sowohl die Waffenproduktion als auch den internationalen Waffenhandel reduziert.

Die globale Kampagne baut auf der Arbeit auf, die das IPB und andere über eine Dekade lang zum Thema „*Abrüstung für Nachhaltige Entwicklung*“ geleistet haben. Sie beinhaltet den Globalen Aktionstag gegen Militärausgaben (Global Day of Action on Military Spending GDAMS; wird am 13. April 2015 zum 5. Mal begangen).

Was sind unsere Ziele?

Das Hauptziel ist eine bedeutende Umwidmung der Militärausgaben (besonders in jenen Ländern, in

denen sie besonders hoch sind). Unser Vorschlag ist eine Umwidmung zu folgenden vier Bereichen:

1. Friede: Abrüstung, Konfliktprävention und Konfliktlösung, menschliche Sicherheit
2. Nachhaltige Entwicklung und Anti-Armut-Programme
3. Klimawandel und der Verlust von Artenvielfalt
4. Soziale Gerechtigkeit/ Sozialwesen: Menschenrechte, Gleichberechtigung, Schaffung nachhaltiger Arbeitsstellen

Wir sehen die genannten Veränderungen als Teil einer breiteren globalen Transformation hin zu einer Kultur des Friedens.

Aber brauchen wir das Militär denn nicht? Ist es nicht notwendig diese Gelder aufzubringen?

Trotz unterschiedlicher Zugänge zum generellen Nutzen von militärischen Streitkräften sind sich alle innerhalb der Bewegung einig, dass die Höhe der derzeitigen Ausgaben (1700 Milliarden USD pro Jahr) grob exzessiv ist – im Besonderen finden wir, dass es keine Ausgaben für Massenvernichtungswaffen geben darf. Weiters gilt es in verschiedenen Regionen der Tendenz zu einem Wettrüsten und der Entstehung eines Teufelskreises, der zwischenstaatlich bedingt zu immer höheren Militärausgaben führt, entgegen zu halten.

Das Problem hat mit Prioritäten und politischem Willen zu tun. Viele Länder reduzieren ihr Budget für Soziales (Bildung, Gesundheitswesen etc.), während sie die Militärausgaben erhöhen und internationalen humanitären, Friedens- und Entwicklungseinsätzen fehlen die notwendigen Ressourcen.



2015 wollen wir die internationalen Debatten auf zwei der genannten Gebiete beeinflussen:

- Entwicklung: Sicherstellung der Einbeziehung der Bestrebungen nach Abrüstung und Senkung von Militärausgaben in der UN-Post 2015 Development Agenda (Verabschiedung: September 2015).
- Klima: Sicherstellung, dass 100 Milliarden USD der jährlich veranschlagten Regierungsbeiträge für den „Green Climate Fund“ bis zur Welt-Klimakonferenz im Dezember in Paris erfüllt werden. Diese Gelder sollten aus den reduzierten Militärbudgets kommen.

In Anbetracht der Tatsache, dass die politische Situation von Staat zu Staat unterschiedlich ist, und dass es keine Konvention oder einen Vertrag zur Eindämmung der Militärausgaben gibt, unterstützen wir vor allem auch die Arbeit auf nationaler Ebene, da dort die politischen Entscheidungen getroffen werden. Jedes Mitglied der Kampagne soll seine bzw. ihre eigenen Ziele und Ansatzpunkte definieren. Die Rolle des IPB ist es einen Rahmen zu schaffen und Unterstützung zu leisten.

Wie kann es zu Veränderung kommen?

Kritiker_innen könnten anführen, dass das Projekt überambitioniert ist. Aber das hält Aktivist_innen mit einer radikalen Vision selten davon ab, die Dinge anzugehen! Das IPB hat vor sowohl in den einzelnen Ländern als auch international Synergien zu fördern, um nach und nach die globale Bewegung gegen Militarismus zu stärken. Das kann auf verschiedene Arten geschehen und jede_r Aktivist_in oder Gruppe kann sich in ihrem Fokus unterscheiden. Die GCOMS Kampagne zielt auch darauf ab den Mitwirkenden zu helfen einen Schritt nach dem anderen zu setzen und dabei kontinuierlich ein größeres Publikum zu erreichen.



Wie können wir die Thematik aufbauen?

Im Moment ist das Thema kein zentrales Element in den nationalen Debatten – es wird nur ab und zu für die Medien bedeutend: bei Kriegsankündigungen, bevorstehenden Budgetentscheidungen oder geo-politischen Spannungen.

Unser Ziel ist eine kontrovers geführte Debatte, in der die Stimme der Bevölkerung zählt. Während der nächsten Jahre wollen wir der Thematik mehr Sichtbarkeit durch die laufende Kampagne, immer größere GDAMS-Aktionen und einer Reihe von Konferenzen im September 2016 in Berlin verschaffen. Ideen für dieses Event sind im Entstehen. Räumlichkeiten, Zeiten, Partner_innen, Medienbeteiligung und Finanzierung werden derzeit begutachtet.

Wer sind die Partner_innen?

Eine so ambitionierte Verschiebung der Prioritäten braucht Unterstützung von einem großen Teil der Gesellschaft. Derzeit hat das IPB 300 Mitgliedsorganisationen, und

etwa 100 weitere Gruppen engagieren sich beim Global Day of Action on Military Spending. Zusätzlich versuchen wir unsere Basis zu erweitern und mit Personen an Schlüsselstellen in den diversen Zivilgesellschaftssektoren in Kontakt zu kommen. Auf einer offizielleren Ebene engagieren wir uns im Dialog mit Parlamentarier_innen, Regierungen, Diplomaten_innen, internationalen bzw. UNO-Organisationen und (Ex-)Militärs.

Wie profitieren die Partnerorganisationen von der globalen Kampagne?

Die Militärausgaben sind ein weltweites Problem und können nicht nur im eigenen Land angegangen werden. Sicherheit ist ein gemeinsames Thema und Aktivist_innen werden oft von Aktionen und kreativen Ideen aus anderen Teilen der Welt inspiriert. Fortlaufende, koordinierte globale Bemühungen können dabei helfen die Aktivitäten jeder Gruppe in den Fokus zu rücken und ein größeres Momentum zu erzeugen.

Wie ist das organisiert?

Die GCOMS wird von einer Gruppe von Aktivist_innen aus der ganzen Welt angeführt und von den Angestellten im Sekretariat des IPB in Genf koordiniert. Finanzielle Unterstützung gab es in den vergangenen Jahren von Stiftungen und Hinterlassenschaften. Weitere Beiträge von Individuen, Organisationen und Stiftungen sind jedoch dringend erforderlich.

Interessierte sind zum Mitwirken herzlich eingeladen und können via E-mail unter mailbox@ipb.org mit uns Kontakt aufnehmen.

Colin Archer ist Generalsekretär des International Peace Bureau.

Übersetzung: Lucia Hämmerle und Alice Zylla

Was sind die gewaltfreien Lösungen für die Konflikte vor denen die Menschen heute Angst haben (Terrorismus, im Besondern durch den IS, bzw. die Konflikte in der Ukraine, Syrien, Nigeria, Ostasien und an vielen anderen Orten)?

Gewaltfreie Alternativen sind reichlich vorhanden, moralisch überlegen, erheblich billiger, viel attraktiver für die Mehrheit der Menschen in den meisten Ländern, und deshalb auch strategisch effektiver. Sie sollten aber nicht mit Untätigkeit oder Kapitulation angesichts der Unterdrückung und Terror verwechselt werden.

Das IPB unterstützt **sofortige Schritte**, einschließlich:

- Aktive Diplomatie – Einbezug anderer Regierungen und Institutionen; effektivere Nutzung der multilateralen Institutionen, wie die UNO und ihre Organisationen, regionaler Einrichtungen wie OSZE, ASEAN, usw.
- Wirtschaftssanktionen gegen ISIS und ihre Unterstützer, und ernsthafte Anstrengungen den Fluss des Geldes zu stoppen
- Waffenembargos
- Unterstützung der lokalen Zivilgesellschaft, einschließlich der Flüchtlinge
- Verstärkte humanitäre Hilfe
- Nutzung internationaler Gerichte zur Verfolgung von Kriegsverbrechern und der Schlichtung von Streitfällen

Die längerfristigen Maßnahmen umfassen:

- Abzug der U.S./westlichen Truppen aus den besetzten Gebieten
- Verringerung der Abhängigkeit von Ölimporten aus dem Nahen Osten
- Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten
- Stärkung und Förderung von Frauen
- Förderung persönlicher Kontakte über die Grenzen hinweg
- Entwicklung eines respektvollen Dialogs mit islamischen Führungspersönlichkeiten und Gemeinschaften (auch im Westen) und zwischen moderaten Gelehrten und den Radikalen
- Aufbau der Demokratie von unten (statt sie von oben durchsetzen)

<http://demilitarize.org/gcoms-frequently-asked-questions/>

Kolumbien gehört zu jenen Ländern, die die am längsten andauernden Konflikte in der Geschichte haben. Seit mehr als 50 Jahren vertieft dieser die Ungleichheit und die Armut vieler Bevölkerungsteile. Rund 7 Mio. Menschen sind Opfer⁽¹⁾ dieser Tragödie geworden und es wird geschätzt, dass in Folge des Konflikts jedes Jahr 4.500 Menschen⁽²⁾ ihr Leben verlieren. Vor diesem verheerenden Hintergrund nährt der kolumbianische Staat mit der Fortsetzung des Gebrauchs von Gewalt weiterhin den Konflikt und vernachlässigt so seine strukturellen Ursachen.

Das zeigt sich auch klar in der Höhe der öffentlichen Mittel, die in den Sicherheits- und Verteidigungsapparat investiert werden – zu Lasten von Sektoren wie Gesundheit, Bildung und Landwirtschaft. Für 2015 sieht der staatliche Haushaltsplan 216,2 Billionen Pesos (ca. 77,1 Mrd. Euro) vor, von denen die Hälfte für die Rückzahlung von Auslandsschulden vorgesehen ist; 29,4 Billionen Pesos sind für Bildung, 28,1 Billionen für den Verteidigungssektor, 26 Billionen für den Arbeitssektor, 19 Billionen für Gesundheit und 11 Billionen für soziale Inklusion vorgesehen; und für den Agrarsektor - einer der sensibelsten Punkte – sind 4,5 Billionen veranschlagt⁽³⁾.

Mit ungefähr 3,4% seines BIP⁽⁴⁾ positioniert sich Kolumbien als das Land mit den zweithöchsten Ausgaben für den Sicherheits- und Verteidigungsapparat⁽⁵⁾ in der Region Südamerika. Trotz der Friedensgespräche mit den Guerilla-Gruppen FARC und ELN verteidigen Präsident Juan Manuel Santos und Verteidigungsminister Juan Carlos Pinzón weiterhin die Höhe dieser Mittel und halten so das Modell der existierenden Militarisierung aufrecht. Das zeigt sich in der Aufstockung der Mittel für die Streitkräfte, der Militärausgaben, der militäri-